

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionsschluss: Montag, morgens 9 Uhr.
Nr. 4 + 54. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/4 Berlin, 28. Januar 1933

Bekanntmachung

Auf Grund des Paragraphen 13 der Verbandsfassung wird hiermit die

16. ordentliche Generalversammlung

des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands auf Sonntag, den 21. Mai 1933, mittags 1 Uhr, und folgende Tage nach Königswinter, „Unser Haus“, Hauptstraße 56, einberufen. Sofern wegen Stellungnahme zu Fragen der Reichsstarifverträge eine außerordentliche Generalversammlung zu einem früheren Termin notwendig werden sollte, wird der ordentliche Verbandstag im Anschluß hieran stattfinden.

Tagesordnung.

(Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Generalversammlung.)

1. Eröffnung. Wahl der Leitung und der Ausschüsse und Festsetzung der Geschäftsordnung.
2. Bericht des Vorstandes, des Verbandsauschusses und der Schriftleitung der „Baugewerkschaft“ mit anschließender Aussprache.
3. Beratung der Anträge betreffend Satzungsänderungen.
4. Beratung sonstiger Anträge.

5. Beratung der Satzungen der Unterstützungskasse des Verbandes mit den dazu gehörigen Anträgen.
6. Wahl des Verbandsvorstandes und des Verbandsauschusses und der Kassenrevisoren.
7. Bedeutung und Aufgaben der Gewerkschaften in der Krisenzeit.

Anträge, die auf dieser Generalversammlung zur Besprechung kommen sollen, müssen bis zum 15. März d. J. beim Hauptvorstande eingegangen sein. Das Recht der Antragstellung haben laut § 13, Ziffer 10 der Verbandsfassung nur Verbandskörperschaften (Hauptvorstand, Verbandsauschuß, Bezirkskonferenzen, Verwaltungsstellen, Orts- und Berufsgruppen). Anträge der Verwaltungsstellen, Orts- und Berufsgruppen müssen von drei Vorstandsmitgliedern unterzeichnet sein. Einzelnen Mitgliedern steht nur das Beschwerderecht an die Generalversammlung zu.

Die Wahlbezirke und die Wahlordnung (§ 13, Ziffer 7) sind an anderer Stelle dieser Nummer bekanntgegeben.

Der Hauptvorstand.

J. A.: Anton Schmidt.

Das Ende des Kapitalismus?

Von Professor Dr. Th. Franer, Köln-Königswinter.

Nachstehende Gedanken, gekürzt einem Artikel im „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ Nr. 2 vom 15. Januar 1933 entnommen, sind wichtig, um in den wirtschafts- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen der Jetztzeit die „klare Sicht“ zu behalten.

In fast allen Schichten unseres deutschen Volkes wird heute vielfach die Auffassung vertreten, daß der Kapitalismus zum Untergang verurteilt sei. Man glaubt sein Ende bereits recht nahe. Eine Fülle von teilweise ausgezeichnetem Material wird zusammengetragen, um den Nachweis für den notwendigen Zusammenbruch des Kapitalismus zu liefern. Nicht zuletzt wird darauf hingewiesen, wieviel sich gerade in letzter Zeit kapitalistische Wirtschaftsführer hätten zuschulden kommen lassen, wie unqualifizierbar teilweise durch ihre Leichtfertigkeit wertvollstes Volksgut vergeudet worden sei usw. usw. Da erscheint es angebracht, mit einigen Zeilen klar herauszustellen, was es denn nun eigentlich mit all diesen Dingen auf sich hat. Die Arbeiterschaft, vor allem die gewerkschaftlich organisierte, muß mit allen Mitteln vor gefährlichen Illusionen bewahrt bleiben. Für sie ist ein klarer Kopf und unbeirrbarer Gesamtsinn das, was in erster Linie und unter allen Umständen notwendig ist.

Wir wollen uns nicht lange um den Begriff „Kapitalismus“ streiten. Er sei hier für das genommen, was meist darunter verstanden wird, nämlich die kapitalistische Wirtschaftsweise. Es handelt sich dabei um jene Wirtschaftsweise, in der das Kapital eine überragende Rolle spielt.

Gehen wir zunächst auf das alles ein, was die Vertreter einer solchen Meinung für diese ihre Meinung ins Feld führen können. Da tritt als besonders wesentlich hervor, daß die kapitalistische Wirtschaft immer wieder zu Krisen führt. Dabei ist es ganz selbstverständlich, daß die augenblickliche Krise mit besonderem Nachdruck als Beweismittel herbeigebracht wird. Man weist darauf hin, daß in dieser Krise eine Erscheinung zu erkennen sei, die eigentlich ein Vorbild auf alle menschliche Vernunft und auf alle Menschlichkeit schlechthin sei, nämlich Millionen von Menschen nicht nur darben, sondern teilweise zugrunde gehen, während auf der anderen Seite Überflutungen an Gütern und eine unerhörte Gütererzeugungskraft vorhanden sei. Sehen wir gleich bei diesem Hauptgesichtspunkt an, so erfordert es wohl die Gerechtigkeit, zu betonen, daß die heutige Krise außergewöhnlichen Umständen

ihren Ursprung verdankt. In letzter Linie ist sie auf den Weltkrieg zurückzuführen und auf die Erschütterung des Wirtschaftsgefüges, die dieser Weltkrieg nach sich gezogen hat. Durch den Weltkrieg wurde eine Menge von Völkern, die früher an die heutige Wirtschaftsweise kaum heranzubringen waren, ausgerüttelt und der modernen Wirtschaftsweise mehr oder weniger erschlossen. Das will sich nun in seiner Art zunächst einmal konsolidieren und schlägt sich deswegen gegen die Fremde ab. Immer mehr aber zeigt sich, daß ein solcher Zustand nur ein vorübergehender sein kann. Die Abkühlung beginnt sich mehr und immer deutlicher zu rächen. Es wird nicht vieler Jahre bedürfen, um einen großen Teil der Völkern zu der Erkenntnis zurückzuführen, daß sie alle sich um so besser stehen, je mehr sie den Weltmarkt pflegen.

Dem Weltkrieg mit seinen Folgen ist es ebenfalls in der Hauptsache zuzuschreiben, daß sich die Ueberhebungen in der Kartellierung und Vertrustung ergeben haben, die wir als Hemmnis auf dem Wege zu einer Gesundung beklagen. Hier schien zunächst ein Weg aus den fürchterlichen Unsicherheiten gegeben zu sein, die die Lage nach dem fürchterlichen Zusammenbruch mit sich brachte. Der Bürokratisierung in der Wirtschaft sind dann jene teilweise ungläublichen Versündigungen zu verdanken, die sich eine Anzahl von sogenannten Großunternehmern zuschulden kommen ließen. Sie haben bei allem Unglück das eine Gute gehabt, daß sie die Unternehmerschaft als solche ausgerüttelt haben, und daß sich jetzt der wirkliche Unternehmer, dessen Streben nicht auf Rentenversicherung bei bürokratischer Verwaltung, sondern auf verantwortungsbewußtes Ausgreifen zu neuen Zielen geht, ermaunt und von jener Entwicklung abdrückt, die zu Mammutgebilden geführt hat, für die kein Mensch und keine Gruppe von Menschen überhaupt noch die Verantwortung zu tragen vermag. Heute ist es doch so ziemlich allgemein anerkannt, daß man, angeht diese Gebilde, von Kapitalismus und kapitalistischer Wirtschaftsweise im ursprünglichen Sinne des Wortes gar nicht mehr reden kann. Die kapitalistische Wirtschaftsweise beruht wesensgemäß auf der Unternehmung. In demselben Umfange, wie an die Stelle der wirklichen Unternehmung und des Unternehmers als Entwicklungsträger eine bürokratisch aufgebaute Rentenbezugsmechanik gesetzt wird, drängt man von der kapitalistischen Wirtschaft

weg. Insofern also, als man als Ende des Kapitalismus das Ende jener bürokratischen Wirtschaft erstrebt, ist das Bestreben durchaus gutzuheißen und anzuerkennen. Nur ist es eben nicht ein wirkliches Ende des Kapitalismus, um was es sich handelt.

Man verwechselt so oft das, was man Kapitalismus nennt, mit gewissen Erscheinungen eines sogenannten Finanzkapitals. Dieses Finanzkapital ist nichts anderes als die Gesamtheit jener großen Kapitalverwaltungsmechanismen, wie wir das in manchen modernen Großbanken vor uns sehen. Zweifellos geht das Interesse dieser Finanz dahin, möglichst die Wirtschaft zu beherrschen. Dabei ergibt sich, daß gerade die unternehmungsweise betriebene Wirtschaft dadurch vielfach in Fesseln geschlagen wird. Der Finanz kommt es in der Tat einzig und allein auf die Rente an. Ihr ist es daher gleichgültig, nach welchen Gesichtspunkten die Rentensicherung erfolgt. In der verantwortungsbewußten Tätigkeit des Unternehmers ist der Finanz um so weniger gelegen, als damit in demselben Maße mehr Risiken verbunden sind, je weiter das unternehmerische Ausgreifen sich seine Ziele setzt.

Das „Ende des Kapitalismus“, soweit also in Wirklichkeit von einem solchen gesprochen werden kann, kann nur sein das Ende einer Entwicklung, die die Wirtschaft im Renteninteresse fesselt und ausbeutet. Dieses Ende muß mit allen Kräften erstrebt werden. Man bezeichnet es aber falsch, wenn man es als Ende der kapitalistischen Wirtschaftsweise anspricht. Worauf es, im Grunde genommen, ankommt, das läßt sich in zwei Punkten niederlegen: Soweit ein wirkliches Bedürfnis zu kapitalkonzentrierter großbetrieblicher Entwicklung vorliegt — das ist z. B. in manchen Zweigen der Montanindustrie und des Verkehrswesens der Fall — sollte diese Entwicklung unter der Kontrolle der Öffentlichkeit gehalten werden. Das heißt also: Die Mammutbetriebe sind unter öffentlicher Kontrolle zu stellen! Dies ist der erste Punkt. Der zweite ist der, daß durch die Herbeiführung einer Selbstverwaltung die einzelnen Gewerbe in vollem Umfang die Sorge für die Menschen übernehmen müssen, die sich in ihnen betätigen. Im Grunde genommen heißt also die zweite Forderung: Sicherung einer wirklichen Unternehmerinitiative im Rahmen einer wahren gewerblichen Selbstverwaltung!

Ob man das, was dann verbleibt, noch kapitalistische Wirtschaft nennen will oder nicht, ist eine Frage von ganz nebensächlicher Bedeutung. Persönlich vertritt ich den Standpunkt, daß es keine kapitalistische Wirtschaftsweise mehr ist; denn in dieser ist, wie eingangs gesagt, das Arbeitsmittel (Kapital) dem arbeitenden Menschen übergeordnet. Gestaltet sich aber die gewerbliche und wirtschaftliche Tätigkeit in Selbstverwaltung, so tritt damit notwendigerweise der Mensch in seiner organisierenden Kraft in den Vordergrund. Er also wird wirklich Mittelpunkt der Wirtschaft.

Gewerkschaftsarbeit

Gewerkschaftsarbeit ist Anwendung von praktischem Christentum auf reales Leben. Gewerkschaftsarbeit ist Erlösung eines ganzen Standes. Nicht in allen Dingen wird die Gewerkschaftsarbeit die Menschheit im Diesseits „vom Übel erlösen“. Wir beten im Vater unser zu dem ewigen Gott, daß er uns seelisch über das Übel stelle. Von ihm physisch „erlöst“ werden kann niemand. Aber an die Stelle des Almosen kann produktive Arbeit und soziale Hilfe und soziales Geseß treten. Ganze Schichten können aufsteigen. Gewerkschaftsarbeit ist das Bemühen, Schichten aufsteigen zu lassen wie Land aus dem Meer. Dr. Carl Sonnenschein

Verbrauchsbelastung durch Steuern und Zölle

Der landwirtschaftliche Binnenmarkt wird nun schon seit Monaten, in manchen Fällen seit Jahren, durch direkte oder indirekte Preisstabilisierung für bestimmte Erzeugnisse künstlich gestützt. In den Abnehmern der landwirtschaftlichen Erzeugnisse steckt keine Kaufkraftreserve mehr. Und gerade in diesen Tagen muß mit stärkstem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß eine vermehrte Belastung der Lebenshaltung der großen Massen der arbeitenden Bevölkerung ernste Gefahren auch für den landwirtschaftlichen Absatz nach sich ziehen muß. Bereits heute wird rund ein Drittel des Familieneinkommens von der Verbrauchsbesteuerung, den Zollbelastungen, der Einkommensteuer, Arbeitslosenabgabe und sonstigen Sozialversicherungsbeiträgen aufgezehrt. Eine derartig hohe Beanspruchung des Einkommens durch fiskalische Abgaben bedeutet aber eine Beschränkung der Kaufkraft, die jede Konjunkturbelebung hemmen muß, da ja die übrigen zwei Drittel des Einkommens bei den meisten Verbrauchern infolge der Starrheit des lebensnotwendigen Verbrauchs bereits festgelegt sind.

Ganz zweifellos hat in der Nachkriegszeit eine Ueberspannung der Verbrauchssteuer neben einer Ueberspannung der direkten Steuern stattgefunden. Den Beweis dafür liefern die Zahlen des Statistischen Reichsamtes über die steuerliche Belastung des Haushaltsbedarfes. Die Bedeutung der Verbrauchsbelastung durch Steuern und Zölle ergibt sich schon aus der überragenden Stellung, die diese Aufkommen im deutschen Steuersystem einnehmen. Nahezu ein Drittel des Familieneinkommens wird dem Steuerträger fortgesteuert und fast ein Drittel des gesamten Aufkommens an Reichs-, Landes- und Gemeindesteuern entfällt auf die Verbrauchssteuern und Zölle. Unter Verbrauchssteuern versteht das Statistische Reichsamtsamt nicht nur die direkte Belastung einer Ware, wie sie durch die Bier-, Branntwein-, Zündwaren-, Tabak- und Zuckersteuer erfolgt, sondern auch die Beförderungssteuer und die Umsatzsteuer.

Diese Steuerpolitik hat nun die Kreise der Verbraucher am härtesten betroffen, die einen verhältnismäßig sehr großen Teil ihres Einkommens für den Lebensunterhalt ausgeben müssen. Berechnet auf den Kopf der Bevölkerung hat sich das Aufkommen aus der Verbrauchsbesteuerung um 24,33 RM. im Jahre 1913/14 auf 73,73 RM. im Jahre 1929/30 erhöht. Dabei ist allerdings noch nicht die inzwischen eingetretene Geldentwertung berücksichtigt, bei deren Berücksichtigung sich immerhin noch eine reale Erhöhung um etwa 125 v. H. ergibt. Rund 74 RM. zählt also der Verbraucher durchschnittlich während eines Jahres in Form von Verbrauchssteuern und Zöllen an die Staatskasse. Erst im Jahre 1930/31 ist ein geringer Rückgang auf 71,21 RM. erfolgt, die aber nicht durch eine geringere Belastung, sondern durch den allgemeinen Verbrauchsschwund verursacht wurde. Aber auch der Anteil der einzelnen Steuerarten am Gesamtaufkommen der Verbrauchssteuern hat gegenüber der Vorkriegszeit eine Reihe wesentlicher Veränderungen erfahren. Während der Anteil der Tabaksteuer von 7,1 auf 50,6 v. H. stieg, ist das Aufkommen aus der Branntweinsteuer von 25,5 auf 15,1 v. H. und aus der Biersteuer von 29,8 auf 22,8 v. H. gefallen.

Die Wirkung der Besteuerung auf die Preisgestaltung ist von einer ganzen Reihe von Faktoren abhängig. Sie ergibt sich nicht ohne weiteres aus der Höhe der Steuerhöhe. Einmal kann die Höhe der Belastung davon abhängig sein, inwieweit die Steuer von den Steuerpflichtigen abgewälzt oder selbst getragen wird. Der Normalfall ist allerdings die Abwälzung auf den letzten Verbraucher, obwohl bei der Einführung der Steuer der Gesetzgeber meist die Absicht hatte, den Erzeuger oder den Zwischenhandel zu belasten.

Ziel wichtiger als die Steuerüberwälzung ist aber die Günstigkeit, mit der eine Ware in ihren verschiedenen Produktionsstufen von einer Steuer betroffen wird. Während einzelne Waren, wie Früchte, Gemüse, Margarine usw. lediglich als Fertigerzeugnis mit der Umsatzsteuer belastet sind, erfahren andere Waren eine mehrfache Belastung. Nicht wird sowohl in seinem Vorprodukt Getreide wie auch als Erzeugnis selbst von der Umsatzsteuer betroffen. Die im Endpreis einer Ware enthaltenen Umsatzsteuerbeiträge werden also um so höher sein, je mehr Bearbeitungsstufen eine Ware durchlaufen hat. Die Belastung einer Ware durch die Umsatzsteuer ist dagegen gering, wenn eine Ware aus dem Ausland eingeführt oder aus Produktion hergestellt wird, die nur noch wenige Bearbeitungsstufen zu durchlaufen haben. In den Waren, die nur ein- bis zweimal steuerpflichtig umgekehrt werden, gehören beispielsweise Reis, Tee, Kaffee, ausländische Butter, Eier, Schmalz, Seerübe, Margarine und Getreidefrucht, während zu den in mehr als fünf Stufen umgekehrten Waren Zucker, Sirup, Kaugummi, Cigar und Zigar gehören.

Einen sehr breiten Raum in der Besteuerung der Lebensmittel durch fiskalische Maßnahmen nimmt die Belastung der Nahrungs- und Genussmittel durch die Zölle ein. Fast ein Drittel des gesamten Aufkommens aus der Verbrauchsbesteuerung entfällt auf die Zölle. Im Jahre 1930 betrug der Anteil des Zollbeitrages am Gesamtwert der Einfuhr rund 12 v. H. Dabei ergibt sich für die Gruppe Lebensmittel und Getränke sogar eine Belastung durch Zölle in Höhe von 25 v. H. des Wertes der Einfuhr. Während die Erzeugnisse von der Umsatzsteuer nur ver-

hältnismäßig wenig betroffen werden, ist dafür ihre Belastung durch die Zölle um so höher. Und dabei wird die Verteuerung durch die Zölle um so höher sein, je größer der Anteil der Einfuhr am Gesamtverbrauch ist. Der Einfuhranteil ist beispielsweise sehr groß bei Salzheringen, Speisebohnen und Gerste, sehr niedrig bei Bier und Fleisch. Sehr wesentlich ist in den letzten Jahren und auch gegenüber der Vorkriegszeit der Einfuhranteil des Brotgetreides zurückgegangen. Die Wirkung der Zölle auf die Inlandspreise ist in der Regel bestimmt durch die Addition: Weltmarktpreis plus Zoll. Diese Rechnung gilt dann nicht, wenn eine Ware nicht unbedingt aus dem Ausland bezogen werden muß und eine Eigenverjorgung in gewissem Maße möglich ist. Die Agrarischutzpolitik der letzten Jahre hat aber dazu geführt, daß wir jahrelang sehr hohe Preise bezahlen mußten, und daß schließlich der Landwirtschaft doch nicht geholfen worden ist, da inzwischen viele Landwirte sahen, daß an den zollgeschützten Getreidepreisen mehr zu verdienen war, und deshalb überall Getreide angebaut wurde. Jetzt kann aber auch keine noch so hohe Zollmauer den Inlandspreis mehr stützen, da wir heute bei einer Anzahl von Produkten eine Einfuhr nicht mehr nötig haben.

Eine Bilanz der Verteuerung der Lebenshaltung durch

Verbrauchssteuern und Zölle muß von der Belastung pro Kopf der Bevölkerung ausgehen. Als Kopfbetrag hatte sich für 1930/31 eine Summe von 71,21 RM. ergeben. Da bei einer Familie allgemein mit vier Köpfen zu rechnen ist und in der Statistik zwei Kinder bis zum 9. Lebensjahre = eine Vollperson gelten, wäre der Betrag zu verdreifachen und bei einer Monatsrechnung durch 12 zu teilen. Die Rechnung ergibt 213,63 RM. im Jahre oder 17,80 RM. im Monat. Bei einem Einkommen von 150 RM. sind das rund 12 v. H. Eine Aufgliederung des Aufkommens je Kopf der Bevölkerung von 71,21 RM. zeigt, daß davon auf die reinen Verbrauchssteuern 30,78 RM., auf die Zölle 16,82 RM., auf die Umsatzsteuer 15,47 RM. und auf die Beförderungssteuer 4,89 RM. entfallen. Von dem Zollaufkommen mußten allein 2,56 RM. für Kaffee bezahlt werden.

Die Belastung des Verbrauchs ist bereits bis auf das äußerste angepannt. Jedes Mehr an Lasten zwingt zu einer Verminderung des Verbrauchs. So wie man es heute machen will erreicht man nicht, daß auch nur ein Quentchen der Landwirtschaft mehr abgenommen wird. Will man einem Teil der Wirtschaft mehr geben, muß man es einem anderen Teil entziehen. In dieser Rechnung läßt sich nichts ändern. Und man wird die Kurbel noch so oft drehen können, die Wirtschaftsmaschine läßt sich nicht ankurbeln, wenn man sie gleichzeitig an einer anderen Seite abdrückt. R. Schaaf.

Wahlordnung für die Delegiertenwahlen zur 16. ordentlichen Verbandsgeneralversammlung 1933

1. Die Bezirksleiter sind für ihren Bezirk Wahlvorkreiser. (Siehe § 13, Ziffer 7 der Verbandsstatuten.) Die Verwaltungsstellen erledigen demzufolge alle Wahlgeschäfte mit ihrem Wahlvorsteher.

2. Die Hauptwahlen finden am Sonntag, dem 19. Februar, in der Zeit von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 2 Uhr, durch geheime Stimmabgabe (Stimmzettel) statt; erforderliche Stichwahlen sind in der gleichen Weise und in derselben Tageszeit am Sonntag, dem 12. März, vorzunehmen. Den Verwaltungsstellen ist gestattet, sofern es die räumliche Ausdehnung erfordert, in den Ortsgruppen eigene Abstimmungsstellen einzurichten. Für die Beachtung der Wahlordnung trägt jedoch der Verwaltungsvorstand die alleinige Verantwortung.

3. Wahlberechtigt ist jedes Mitglied, das jahungsgemäß bis zum Tage der Wahl seiner Beitragspflicht genügt hat. Jedes Mitglied soll in der Regel in der Verwaltungsstelle bzw. Ortsgruppe sein Wahlrecht ausüben, in der es angemeldet ist und seine Beitragspflicht erfüllt. Um jedoch allen Mitgliedern die Wahlmöglichkeit zu geben, können diejenigen, welche am Wahltag nicht in ihrem eigentlichen Wahlort anwesend sind, ihr Wahlrecht in derjenigen Verwaltungsstelle bzw. Ortsgruppe ausüben, in welcher sie gerade anwesend sind.

4. Jedes Mitglied darf nur an einer Stelle und nur durch Abgabe eines Stimmzettels wählen. Als Wahlberechtigungsausweis gilt das Mitgliedsbuch, welches jedes Mitglied der Wahlkommission vorzulegen hat. Diese hat die Wahlberechtigung zu prüfen und die für diesen Zweck herausgegebene Wahlmarke auf die Beitragsseite 1933 selbst einzulieben. Die Abgabe des Stimmzettels darf erst nach erfolgtem Markenflecken stattfinden.

5. Als Wahlkommission haben drei Mitglieder des Verwaltungsvorstandes oder drei vom Verwaltungsvorstand ernannte Mitglieder den Wahlakt zu leiten. Sofern vor dem Wahltag noch eine Mitgliederversammlung stattfindet, ist in dieser die Wahlkommission durch die Mitglieder zu wählen. Ihre Wahl erfolgt dann durch Zufall.

6. Die Wahlhandlung hat pünktlich um 10 Uhr zu beginnen und darf erst um 2 Uhr geschlossen werden. Alle Mitglieder, welche jedoch vor 2 Uhr im Wahllokale anwesend waren, sind noch zur Wahl zugelassen, auch dann, wenn die Zeit um einiges überschritten wird.

Nach Schluß der Wahl ist zunächst festzustellen, wieviel Wahlmarken veransagt sind. Die Zahl der veransagten Wahlmarken muß mit der der Stimmzettel übereinstimmen. Ist diese Feststellung erfolgt, dann beginnt das Auszählen.

7. Ist das Wahlergebnis festgestellt, dann muß die Wahlkommission das Wahlprotokoll ausfüllen, mit ihrer Namensunterchrift versehen, auch vom Vorsitzenden der Verwaltungsstelle unterzeichnen lassen und an den Wahlvorsteher (Bezirksleiter) einschicken.

Das Wahlergebnis der Hauptwahlen muß spätestens am 23. Februar, dasjenige der Stichwahlen spätestens am 16. März in den Händen des Wahlvorstehers (Bezirksleiters) sein. (Sind in den Ortsgruppen aus besonderen Gründen Wahllokale eingerichtet, so haben die Ortsgruppenvorstände bis spätestens am 21. Februar das Ergebnis der Hauptwahlen und bis spätestens 14. März das Ergebnis der Stichwahlen ihrem Verwaltungsvorstand mitzuteilen.)

Später eingehende Resultate zählen bei der Zusammenstellung der Endresultate nicht mit.

8. Der Wahlvorsteher stellt das Ergebnis der Wahlen seines Bezirkes in einer Liste zusammen. (Diese Liste ist der von der Generalversammlung zu wählenden Mandatsprüfungskommission unter Beifügung der Wahlprotokolle der Verwaltungsstelle vorzulegen.)

Ergibt die Zusammenstellung der Ergebnisse aus einem Wahlkreise, daß ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten hat, so ist derselbe als Delegierter gewählt. Derjenige mit der zweithöchsten Stimmenzahl ist als Ersatzdelegierter gewählt. Hat keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erhalten, so muß zwischen den beiden höchstbestimmten Stichwahl stattfinden. Der Wahlvorsteher hat dieses unter Angabe der Namen derjenigen, die zur Stichwahl stehen, bis spätestens 1. März den Verwaltungsstellen mitzuteilen.

9. Der Wahlakt bei eventuellen Stichwahlen am 12. März findet nach denselben Bestimmungen wie bei den Hauptwahlen statt.

10. Der Wahlvorsteher (Bezirksleiter) hat das Ergebnis der Hauptwahl bis spätestens 25. Februar dem Hauptvorstande mitzuteilen. Die erforderlichen Stichwahlen werden in der folgenden Nummer der „Baugewerkschaft“ bekanntgegeben.

Das Ergebnis der Stichwahlen muß bis spätestens 18. März dem Hauptvorstande mitgeteilt sein.

Von allen gewählten Delegierten und Ersatzdelegierten ist dem Hauptvorstande die genaue Anschrift mitzuteilen.

Die Namen der gewählten Delegierten und Ersatzdelegierten werden in der „Baugewerkschaft“ bekanntgegeben.

11. Alles Wahlmaterial ist sofort nach Beendigung der Wahl an den Wahlvorsteher (Bezirksleiter) abzugeben und von diesem bis zum Schluß der Generalversammlung aufzubewahren und auf Aufforderung einer übergeordneten Stelle an diese abzuführen.

Wahlbezirkseinteilung.

Ein Wahlbezirk umfaßt alle Verwaltungsstellen des betreffenden Verbandsbezirkes.

Wahlbezirk I, Berlin, wählt drei Delegierte, darunter einen Bauhilfsarbeiter.

Wahlbezirk II, Bochum, wählt neun Delegierte, darunter einen Polier, einen Dachdecker, einen Isolierer, einen Erdarbeiter, einen Fliesenleger und einen Bauhilfsarbeiter.

Wahlbezirk III, Breslau, wählt vier Delegierte, darunter einen Zimmerer und einen Bauhilfsarbeiter.

Wahlbezirk IV, Frankfurt a. M., wählt vier Delegierte, darunter einen Studateur und einen Bauhilfsarbeiter.

Wahlbezirk V, Hannover, wählt fünf Delegierte, darunter einen Zimmerer und einen Bauhilfsarbeiter.

Wahlbezirk VI, Karlsruhe, wählt drei Delegierte, darunter einen Studateur oder Plieflerter und einen Bauhilfsarbeiter.

Wahlbezirk VII, Köln, wählt sechs Delegierte, darunter einen Polier, einen Studateur, einen Betonarbeiter und einen Bauhilfsarbeiter.

Wahlbezirk VIII, Königsberg, wählt zwei Delegierte.

Wahlbezirk IX, München, wählt vier Delegierte, darunter einen Bauhilfsarbeiter und einen Erdarbeiter.

Wahlbezirk X, Münster, wählt drei Delegierte, darunter einen Zimmerer und einen Bauhilfsarbeiter.

Wahlbezirk XI, Paderborn, wählt zwei Delegierte.

Schluss mit der Lohnsenkung!

Die Bauarbeiterlöhne sind seit 1930 um 30 bis 50 Prozent gesunken. Es ist fast zwecklos, zu sagen, daß das Baugewerbe durch diese Lohnsenkung eine Belebung nicht erfahren hat. Darauf kommt es den letzten Treibern des Lohnendrucks ja auch gar nicht an. Die Arbeiterchaft soll auf ein Elendsniveau herabgedrückt werden, das sie wieder hilflos der Willkür der Arbeitgeber in die Arme treibt. Die allgemeine wirtschaftliche Notlage ist für die Unternehmer ein wirksames Hilfsmittel bei ihren Bemühungen gewesen. Aber die Lohnsenkung hat einmal eine Grenze, und die Arbeiterchaft läßt sich heute nicht wieder in die Variastellung von ehemals zurückdrücken.

Es wird gesagt, daß die Bauarbeiterlöhne noch immer höher liegen als in der Vorkriegszeit. Nun ja, das ist auch bei anderen Löhnen der Fall. Aber es muß berücksichtigt werden, daß auch die Lebenshaltungskosten noch immer 18,4 Prozent höher liegen als in der Vorkriegszeit. Und daran gemessen — schließlich ist ja die Kaufkraft des Lohnes entscheidend — hat sich die Lage der Bauarbeiterchaft seit 1932 erheblich verschlechtert. Setzt man den Wochenlohn von 1914 = 100, so ergibt sich für heute bei den Bauarbeiterlöhnen etwa ein Lohnindex von 112, gegenüber einem Lebenshaltungsindex von 118,4.

Es ist aber eine bekannte Sache, daß der Vergleich von Löhnen und Lebenshaltungsindex insofern eine Lücke hat, als der Lebenshaltungsindex die erhöhten Steuern und Sozialbeiträge nicht berücksichtigt. Um zu einem brauchbaren Vergleich zu kommen, muß man also zum mindesten die Erhöhungen der Steuern und Sozialbeiträge über den Betrag von 1914 hinaus vom heutigen Lohn in Abzug bringen. Für die Belastung des Lohnneinkommens durch Steuern und Sozialbeiträge 1914 und 1932 ergibt sich nun unter Zugrundelegung eines Wochenlohnes von 40 RM. bei einem Jahreseinkommen von 2080 M. folgendes Bild:

| Steuern und Sozialbeiträge | Verheirateter mit Frau und 3 Kindern | | Lediger | |
|----------------------------|--------------------------------------|--------|---------|--------|
| | 1914 | 1932 | 1914 | 1932 |
| Einkommensteuer | 21.— | 30.—* | 31.— | 88.— |
| Bürgersteuer | — | 52.— | — | 52.— |
| Arbeitslosenhilfe | — | 74.— | — | 74.— |
| Krankenversicherung | 70.— | 74.— | 70.— | 74.— |
| Invalidenversicherung | 13.— | 36,40 | 13.— | 36,40 |
| Arbeitslosenversicherung | — | 67,60 | — | 67,60 |
| Belastung insgesamt | 104.— | 260.— | 114.— | 348.— |
| In o. H. des Einkommens | 5 % | 12,5 % | 5,5 % | 16,7 % |

* 500 Proz. des Landesjahres.

Bei den Steuern ist wenigstens für Verheiratete insofern eine Entlastung eingetreten, als die heutige Steuerregelung stärker die Zahl der Familienangehörigen berücksichtigt. Aber auch für Verheiratete ist diese kleine Ermäßigung der Abzüge doppelt und dreifach aufgehoben durch die Einführung der Bürgersteuer, der Arbeitslosenhilfe und die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge. Für einen Verheirateten mit Frau und drei Kindern machte die Belastung durch Steuern und Sozialbeiträge 1914 5 Prozent, 1932 12,5 Prozent aus. Stärker noch sind die Ledigen bzw. die Familien mit wenig Familienangehörigen betroffen, weil hier die Steuererhöhung zur vollen Auswirkung kommt. Statt 5,5 Prozent des Einkommens 1914 beträgt die Belastung für den Ledigen 1932 16,7 Prozent. Nimmt man den ersten Fall als durchschnittliche Belastung durch Steuern und Sozialbeiträge für 1932 an, so wird man also für einen Vergleich mit dem Lebenshaltungsindex vom Lohn von 1932 7,5 Prozent, d. h. den Prozentsatz des Einkommens, der heute mehr gezahlt werden muß, in Abzug bringen müssen. Es ergibt sich dann bei einem Vergleich des Wochenlohn- und Lebenshaltungsindex, daß der Wochenlohnindex bereits etwa 12 Prozent niedriger liegt als der Lebenshaltungsindex, daß also eine sehr erhebliche Verschlechterung der Lebenslage der Bauarbeiter gegenüber 1914 eingetreten ist. Berücksichtigt man weiter dabei, daß die Verdienstmöglichkeiten im Baugewerbe in geradezu katastrophaler Weise zurückgegangen sind — im Durchschnitt sind im Jahre 1932 kaum 20 Prozent der Bauarbeiter in Beschäftigung gewesen —, dann kann man sich das Elend ausmalen, das in den Bauarbeiterfamilien herrschen muß.

Die Bauarbeiterchaft ist der Ansicht, daß die äußerste Grenze erreicht ist, und daß es nicht mehr weiter nach unten geht. Sie hofft, daß bei den maßgebenden wirtschaftlichen wie behördlichen Stellen Einsicht genug vorhanden ist, daß heute jeder weitere Lohnabbau eine Verschlechterung der Wirtschaftslage bringen muß. Man sollte auch meinen, daß immerhin noch sozial Gerechtigkeitsempfinden vorhanden sei, daß die gesamte breitere Öffentlichkeit sich gegen die einseitige Belastung der breiten Massen zugunsten einer kleinen Besitz- und Gewerkschaft zur Wehr setzt.

Rundschau

Siedlungsbolschewismus

Dieses geflügelte Wort der östlichen Großgrundbesitzer im vorigen Jahre zu Unrecht angewandt gegen die unzufriedenen Siedlungspläne des Kollegen Stegerwald, hat

Am 28. Januar 1933 ist der vierte Wochenbeitrag für das Jahr 1933 fällig.

nun doch noch einen Inhalt bekommen, und zwar von seinen Trägern selbst. Auf Vorstöße des Kollegen Erling im Reichstag kam heraus daß mit den Geldern der Osthilfe geradezu grenzenlos geasst worden ist. Teilweise sind die Gelder nicht zur Sanierung der Güter verwendet, sondern man hat Luxusautos und Rennpferde gekauft, sogar Reisen an die Riviera unternommen. Ein Herr von Knebel-Döberitz, der schon wiederholt als Kandidat für das Ernährungsministerium genannt wurde, sollte bevorzugt behandelt und beschleunigt saniert werden. Der Präsident der Pommerischen Landwirtschaftskammer v. Flemming hat zur Sicherung seines Gutes 100 000 RM. erhalten, seine Gläubiger haben bis jetzt vergeblich auf Zahlung gewartet. Der schon aus der Vorkriegszeit berühmte Schreier nach dem Leutnant mit 10 Mann, der herichtigte von Oldenburg-Januschau hat 621 000 RM. zugesagt erhalten, von denen bis jetzt 454 000 RM. ausgezahlt sind. Neben der Entschuldung seines eigenen Gutes hat er noch zwei andere Güter gekauft und in das Verpfändungsverfahren hineingemengt. Auch Frau Hermine von Hohenzollern soll mit ihrem Besitz für die Fürsorge der Osthilfe anvertraut haben. Als allgemeine Gepflogenheit soll es gelten, daß die „Landchaft“ (eine landwirtschaftliche Beratungs- und Finanzierungsorganisation) im Einvernehmen mit den Familienangehörigen die Güter zum Preise der 1. Hypothek ersteigert, wobei dann die nachstehenden Hypotheken und die staatliche Umschuldungshypothek wertlos werden. Bei den östlichen Obligen scheint das alte Raubritterblut ihrer Vorfahren noch immer zu wallen. Ehemals fielen sie über die Pfefferjacke her und jetzt über die Staatsjacke. Ueber die Hungerunterstützungen der Erwerbslosen wird moralisiert, daß sie die Arbeitsfreude untergraben, für Wohlfahrtsunterstützungen müssen Rückzahlungsverpflichtungen eingegangen und von den Besitzern kleiner Eigenheime teilweise sogar hypothekarische Verpflichtungen übernommen werden. Das sind himmelstreichende Ungerechtigkeiten. Volkswirtschaftler im radikalsten Sinne; für die, wenn die Osthilfeempfänger selbst kein Gewissen haben, die Regierung die entsprechende Verantwortung trägt.

Verdoppelung der Wohlfahrts-Erwerbslosen im Jahre 1932

Die von den preussischen Landkreisen unterstützte Zahl der Wohlfahrts-Erwerbslosen hat sich im Laufe des Jahres 1932 nach den Feststellungen des Landkreistages ungefähr verdoppelt. Die Zahl der unterstützten Wohlfahrts-Erwerbslosen betrug:

| Monatsende: | 1932: | 1931: |
|-------------|-------------|-------|
| Januar | 584,5 | 288,6 |
| April | 795,0 | 349,5 |
| Juli | 853,0 | 346,8 |
| Oktober | 910,0 | 412,3 |
| Dezember | rund 1000,0 | 505,9 |

Seit Anfang 1931 hat sich die Zahl der Wohlfahrts-Erwerbslosen um rund 710 000 vermehrt.

Die Lebensdauer der europäischen Völker

Nach den neuesten Statistiken beträgt die durchschnittliche Lebensdauer bei den europäischen Völkern 55 bis 58 Jahre was gegenüber den Verhältnissen vor einem halben Jahrhundert eine Verlängerung um 12—14 Jahre bedeutet. Die Hauptursache dürfte in den Fortschritten der sozialen Hygiene liegen. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Agrarstaaten gesünder sind als die Industriestaaten, der Norden gesünder als der Süden. Mit einem Lebensdurchschnitt von 61—63 Jahren stehen Norwegen, Schweden und Finnland an erster Stelle. Im mittleren Europa führt Frankreich mit 59 Jahren, während die Durchschnittszahl für die Tschechoslowakei 56, für Deutschland 53 und für Österreich 50 beträgt. In Großbritannien steht Schottland mit 60 Jahren am günstigsten, London steht mit 52 Jahren unter dem deutschen Durchschnitt. Auch in Italien hält sich der Norden mit 58—60 weit besser als der Süden, denn die durchschnittliche Lebensdauer in Sizilien beträgt nur 45 Jahre.

Tarifnachrichten

Ostpreußen.

Die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches auf Verlängerung des jetzigen Lohnniveaus bis zum 2. März ist amtlicherseits abgelehnt worden.

Brandenburg.

Der Versuch des Brandenburgischen Baugewerksverbandes, die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages zu torpedieren, ist mißlungen. Auf die begründeten Einsprüche der Arbeiterorganisationen hat das Reichsarbeitsministerium entgegnet, daß im Hinblick auf die nach wie vor bestehende überwiegende Bedeutung des Tarifvertrages, das fortbestehende Tarifverhältnis mit zwei anderen Arbeitgeberorganisationen und die nur noch kurzfristige Dauer von einer vorzeitigen Aufhebung der allgemeinen Verbindlichkeit abgesehen werden müsse.

Oberhessen.

Die Verhandlungen für unser Gebiet haben einen Schiedspruch herbeigeführt, der die Facharbeiterlöhne in den Ortsklassen I, II, III und IV auf 70 bzw. 65 bzw. 59 bzw. 55 Pf. festlegt. Der Feibauarbeiterlohn und die Trägerzulagen bleiben in der jetzigen Höhe bestehen.

Niederschlesien.

Ein Vorschlag des Staatlichen Schlichtungs-Ausschusses, in Görlitz eine Lohnsenkung von 5 Prozent vorzunehmen, ist unerreicht abgelehnt worden. Im Lohngebiet Breslau ist auf Antrag der

Arbeitgeber vom Staatlichen Schlichter eine Einigung versucht worden. Sie ist resultatlos gescheitert, der Kampf geht weiter.

Braunschweig.

Unsere Arbeitgeber leben in der eigenartigen Auffassung, daß nur die Anträge zur Tarifverneuerung stellen dürfen. Sie verlangen deshalb Zurückziehung unserer Anträge. Zwei vorgeschickte Firmen, die die Lohnauszahlung in der Höhe der Arbeitgeberanträge versuchten, wurden mit Streik belegt. Sie haben sich daraufhin zum alten Lohn zurückgefunden.

Aus dem Verbandsleben

Mannheim. (Unsere Arbeit um die Jahreswende.) Die letzten Sonntage vor Weihnachten waren für die Ehrung unserer Jubilare freigehalten. Im Gegensatz zu früheren Jahren, wo die Ehrung der Jubilare in den Rundgebungen der Verwaltungsstelle vorgenommen wurde, wurde diesmal in die Ortsgruppenversammlungen verlegt. Den Reigen eröffnete Bierneheim, wo die Kollegen Nikolaus Schmitt, Peter Schloffer und Jakob Sander geehrt wurden. In Ruffloch wurde den Kollegen Michael Burger und Wendelin Maier Diplom und Ehrennadel überreicht. In Hohenheim konnte unser Kollege Franz Seiler auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken, und in Leutershausen waren es die Kollegen Philipp Brand und Jakob Christoph. In nächster Zeit werden noch die Kollegen Adam Guttleich und Josef Flössler aus Altenbach, der Kollege Anton Burkard aus Berghausen und der Kollege Philipp Mai aus Lampertshausen geehrt. In den Versammlungen, die einen den Verhältnissen entsprechenden guten Besuch aufzuweisen hatten, sprach Kollege Bell aus Mannheim über das Thema „Unser Erbe und unsere Aufgabe“. Er legte dar, daß wir in einer Zeit des Umbruchs ständen. Es sei daher am Platze, eine Bewertung der zurückliegenden Arbeit vorzunehmen, um hierdurch eine Richtschnur für die zukünftige Arbeit zu gewinnen. Besonders hob er die ungeheuren Opfer, die von der Arbeiterchaft im Kampf um ihre Anerkennung gebracht wurden, hervor und erklärte, daß alles getan werden müsse, um den noch Arbeitsstehenden den großen Wert dieser Arbeit klarzumachen und sie so für die Organisation zu gewinnen. Nur mit einer gut organisierten Arbeiterchaft sei den heutigen Schwierigkeiten beizukommen. Den Jubilaren dankte Kollege Bell im Auftrag des Hauptvorstandes der Bezirksleitung und des Verwaltungsvorstandes für ihre treue Mitarbeit im Verband und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sie auch in der Zukunft alles einsetzen möchten, im Kampf um die Gestaltung unseres Gesellschafts- und Wirtschaftslebens.

Unsere Ortsgruppe Groß-Mannheim veranstaltete in diesem Jahr erstmalig gemeinsam mit unserem Holzarbeiterverband eine Weihnachts- und Familienfeier. Sehr zahlreich waren die Kollegen und ihre Angehörigen der Einladung gefolgt. Die Gesangsabteilung des kath. Gesellenvereins und ein gutes Liebhaberorchester hatten sich selbstlos in den Dienst der guten Sache gestellt. Die Veranstaltung fand den Beifall aller Teilnehmer und dürfte dazu beigetragen haben, den guten Zusammenhalt in unserer Gruppe noch zu fördern.

Krefeld.

Eine gelungene Weihnachtsfeier, die besonders der anspornenden Tätigkeit der Kollegen Terhorst, Reithuster, Grimme, Kreifels und Thomassen zu verdanken war fand am 1. Januar statt. Die Beteiligung war erfreulich. Bezirksleiter Häuschen aus Köln würdigte in einem Vortrage den äußeren Anlaß des Weihnachtsgedankens und ging sodann auf die Not unserer Bauarbeiter ein. Er brachte hier so manches, was bisher unsern Frauen bis jetzt unbekannt geblieben war. In abwechselnder Weise folgten Musikvorträge, Weihnachtslieder und Theateraufführungen. Durch einen besonderen Fonds, den unsere Mitglieder durch Zahlung eines besonderen Beitrages gesammelt hatten, waren wir in der Lage, jedem Kinde eine kleine Freude zu bereiten. Ein heiteres Lustspiel ließ die schon freudige Stimmung — auch der Erwachsenen — noch steigern. Jeder Kollege erhielt ein Geschenk, welches aus Lebensmitteln oder Wäscheartikeln bestand. Den Spendern herzlichsten Dank. Die Feier wird eine nachhaltende Anregung für den Gewerkschaftsgedanken bleiben.

Bamberg.

Unsere Generalversammlung erfreute sich eines fast vollzähligen Besuches der Mitglieder. Den Geschäfts- und Kassenbericht gab 1. Vorsitzender Kollege Dufold, den Prüfungsbericht Kollege Freitag. Der Toten des Jahres, darunter unser Verbandsvorsitzender Kollege Wiedberg und der ehemalige Ehrenvorsitzende der Verwaltungsstelle Michael Frieß wurde in ortsüblicher Weise gedacht. Die Arbeitslosigkeit hat unseren Zusammenhang nicht gelockert. Wir anerkennen, daß die aus den Regierungsverordnungen des vorigen Sommers erwachsenen Notzustände durch das unermüdliche Eintreten des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften wesentlich gemildert sind. Auch die Unterstützungsrichtungen unseres eigenen Verbandes haben manche Not abgestellt. Die Christliche Arbeiterhilfe wird als reichhaltige Einrichtung geschätzt. Viel Aufklärung wurde auch durch die rührige Arbeit des Ortsstellens geschaffen. Die Schlussfolgerungen aus dem Jahresbericht, die Verhandlungsfragen streng zu beachten, das Verbandsorgan fleißig zu lesen und auch an den Veranstaltungen des Ortsstellens zahlreich teilzunehmen, sind ebenso wie der Kassenbericht Anerkennung. Die alte Vorstandschaft wurde einstimmig wiedergewählt. Für Sterbefälle von Mitgliedern wollen wir durch örtliche Sammlungen eine ergänzende Vorsorge schaffen.

Bremen.

Am 4. Januar veranstalteten wir eine wohlgegangene Weihnachtsfeier. Außer einer Kinderbegegnung fand eine Verlosung statt. In der Einleitung der Feste legte Bezirksleiter Kollege Stähler dar, daß es zunächst etwas sonderbar ansehe, wenn eine Organisation die im händigen Kampfe eine solche Feier veranstalte. Da wir aber nicht des Kampfes wegen

kämpften, sondern um die Erreichung des Friedens, sei eine solche Feier durchaus begründet. Eingehend schilderte er dann das Werden unserer Bewegung. Er legte besonders den Frauen und Kindern der Kollegen klar, weshalb der gewerkschaftliche Kampf geführt werden müsse. Das Jahr 1932 nehme ein Blatt für sich ein in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Die mißmutige Auffassung mancher Kollegen und Kollegenfrauen, die Arbeiterschaft könne nichts mehr verlieren, sei durch die Maßnahmen der Regierung Papen widerlegt. Der Entschlossenheit der Arbeiterschaft sei es gelungen, diese Regierung zur Seite zu bringen. Besonders die junge Generation möge hieraus lernen. Einem unvermeidlichen Rückgang der Finanzen des Verbandes stehe als Aktium der geistige Fortschritt unserer Bewegung gegenüber. Der Pessimismus werde verdrängt. Die Reaktion wird einsehen müssen, daß sie gegen den opferbereiten Gewerkschaftsgeist nicht aufkommen kann. Ergänzende Ausführungen im ähnlichen Sinne machten auch der Vorsitzende Kollege Otto und der Kollege Sauerborn. Mit dem Gelübnis, dem Verbands die Treue zu halten, erhielt die Feier ihren Abschluß.

Beuthen O/S. Unsere Generalversammlung am 6. Januar fand im Zeichen der Lohnverhandlungen und der Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Den Jahresbericht erstattete Kollege Jozik, den der Verwaltungsjahre Kollege Heidrich, Gleiwitz. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Jozik zum 1. Vorsitzenden, Kollege Kowalczyk zum 1. Schriftführer und Kollege Reinhold zum 1. Kassierer gewählt. Zum Jugendführer wurde Kollege Scholtysik gewählt. Kollege Heidrich, Gleiwitz, sprach das Thema „Rückblick und Ausblick“. Die Folgen der Wirtschaftskrise und der Papen'schen Störungen der Sozialpolitik können nur behoben werden, durch zähe gewerkschaftliche Arbeit. Das gleiche gilt für die Vorbeugung gegenüber neuen Verjahren ähnlicher Art. Die Unternehmerverjuche auf Lohnabbau von 15 bis 27 Prozent wurden abgewehrt. Das spricht bei einer 90prozentigen Arbeitslosigkeit für das Können der Gewerkschaft. Die Arbeit in unserer Jugendgruppe wird fortgesetzt. Bedürftigen Kollegen konnten Weihnachtspakete der christlichen Arbeiterhilfe überwiesen werden. Unser Ziel muß sein, unsern Verband auch weiter auszubauen und damit schlagkräftig für die Durchsetzung unserer Ideale zu erhalten. H. F.

Borghorst. In unserer am 6. Januar stattgefundenen Generalversammlung ging die Vorstandswahl glatt vonstatten. Ueberzeugt von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Arbeit erklärten die Kollegen ihre Ämter anzunehmen. Im Anschluß an den vom Kassierer erstatteten Kassenbericht sprach Bezirksleiter, Kollege Stähler, Münster. Er sprach die notwendig gewordenen Sparmaßnahmen im Verband und anerkannte den gesunden Sinn der Kollegen, die hierfür Verständnis aufgebracht haben. Neben den guten innerverbandlichen Wirkungen haben wir dadurch zugleich gegenüber den Arbeitgebern unsere Position gestärkt. Unsere gewerkschaftlichen und lohnpolitischen Aufgaben in diesem Jahr ergeben sich aus den Verhältnissen. Der rücksichtslosen Arbeitgeberpolitik am Orte werden wir entsprechend entgegenwirken. Der Reichsregierung und allen Behörden muß immer wieder die Not des Baugewerbes vor Augen geführt werden für unsere Jugend kann der freiwillige Arbeitsdienst und das Notwerk der Regierung nur als Übergangshilfe angesehen werden, das Bessere ist die Berufstätigkeit. Der freiwillige Arbeitsdienst hat seine besonderen Gefahren für die Berufsarbeiter im Baugewerbe. Das Jahr 1933 soll uns vorwärts bringen im Staatsleben und Wirtschaftsleben, besonders aber auch im Verband.

Bottrop. In unserer Generalversammlung am 7. Januar berichtete der Vorstand daß während des letzten Jahres nur ungefähr 50 Wohnungen gebaut wurden, gegenüber rund 500 im Jahre 1929, die zudem auch sämtlich viel größer waren. Die Industrieunfähigkeit lag vollständig still. An Althausrestaurierungen wurde nur in geringem Umfang etwas getan. Kollege Einig, Gladbeck, referierte über allgemeine wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen. Der Vorstand wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt. In demselben sind die Kollegen Schäfer, Wildschus, Schmeier, Looscheider, Jazoj, Demme, Klaus und Geise vertreten. Die Generalversammlung wünschte eine ausreichende Arbeitslosenbetreuung, sowie Bereitstellung von Bauaufträgen.

Kirchhellen. Unsere Generalversammlung am 8. Januar, hätte besser sein können. Kollege Einig, Gladbeck, berichtete über den Stand der Lohnbewegung und machte hierbei Mitteilung von dem Streik am Kirchenanbau in Gladbeck. Der Vorstand der Ortsgruppe konnte über das Jahr 1932 im allgemeinen nichts Befriedigendes berichten. Das Ausbleiben der Hauszinssteuer hat sich sehr nachteilig bemerkbar gemacht. Die Aussichten für das neue Sanjahr sind noch nicht günstig. Bei der Vorstandswahl wurden die bisherigen Kollegen Koppel, Diekmann, Kochholt und Kommerwinkler wiedergewählt. Alle christlichen Bauarbeiter von Kirchhellen müssen sich unterer Berufsorganisation anschließen. Nur dann können die Interessen der Gesamtbauarbeiter auch örtlich gewahrt werden.

Vortmann (Verwaltungsstelle). Am 6. Januar fand die Generalversammlung der Ortsgruppe Cappenberg und eine Versammlung der Ortsgruppe Lüneburg statt. Am 8. Januar waren Generalversammlungen in den Ortsgruppen Nordkirchen Südlichen und Selze. In den Versammlungen berichtete der Kollege Ernst, Vortmann über den Stand der Lohnbewegung. Erregend war die Feststellung, daß der alte Kampfesmut der Bauarbeiter auch in dieser Zeit den Spornmachern im Arbeitgeberlager entscheidenden Widerstand bot. Im zweiten Teil seines Berichts ging der Kassierer auf die Stellung der christlichen Gewerkschaften zum Arbeitsbeschaffungsprogramm ein und forderte die Kollegen auf, auch im neuen Jahre dem Verbands die Treue zu bewahren, vor allem in Kampfbereitschaft stehen für

den Abschluß des Reichsarbeitsvertrages. Außer einem Kollegen, der amtsdiene war, wurden in allen Ortsgruppen die Vorstandsmitglieder wiedergewählt.

Wülfst. Am 8. Januar hielt unsere Ortsgruppe ihre befriedigend besuchte Generalversammlung ab. Kollege Lurg gedachte unseres verstorbenen Vorstandsvorsitzenden, Kollegen Wiedeburg und der am Ort verstorbenen Kollegen. Sein Jahresbericht sprach die örtlichen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit. Wir werden sie überwinden und für die harten Kämpfe der Zukunft gerüstet sein, wenn wir uns die Einigkeit und Geschlossenheit bewahren. Erfreulich waren die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Die Siedlung hat allerdings den erhofften Aufschwung nicht bekommen. Den freiwilligen Arbeitsdienst betrachten wir als Bauarbeiter mit Mißtrauen. Die Notverordnungen des letzten Jahres, die Herabsetzung der Löhne ohne entsprechende Ermäßigung der Preise werden von uns mißbilligt, wir werden für eine Aenderung zum Besseren kämpfen. Unsere Jugendarbeit fand ihre Krönung in einer Ausstellung in Heppenheim am 3. Juli v. J. Den Kassenbericht erstattete Kollege Griejer, Kollege Bell, Mannheim, anerkannte die pünktliche und gewissenhafte Abrechnung. Die seitherige Vorstandswahl wurde einstimmig wiedergewählt. Im nachfolgenden Vortrag behandelte Kollege Bell die Ertragsverhältnisse der Gewerkschaften im letzten Jahre und unsere neuen Aufgaben. Eine Hauszinsaktion im Frühjahr soll uns die noch fernstehenden Kollegen gewinnen. H. G.

Dorsten. Am 9. Januar fand unsere Generalversammlung statt. In derselben berichtete der langjährige Vorsitzende Lampen über die Baumarktlage im vergangenen Jahre. Derselbe sei in der Stadt Dorsten wie im Amt Hervest-Dorsten sehr ungünstig gewesen. Kaum der fünfte Teil der erstellten Wohnungen des Jahres 1929 wurde gebaut. Für das neue Sanjahr lägen bis heute noch keine Aufträge vor. Notwendig sei daß eine wesentliche Herabsetzung der Hypothekenzinsen durch ein Reichsgesetz durchgeführt würde. Denn nur dadurch könne die Bauwirtschaft belebt werden. Kollege Einig, Gladbeck, hielt dann einen informativen Vortrag über die wesentlichen Bestimmungen der sozialen Gesetzgebung. Der bisherige Vorstand, in welchem sich die Kollegen Lampen, Logermann, Ley, Spichal und Hüttermann befanden, wurde einstimmig wiedergewählt. Notwendig ist es aber, daß alle Mitglieder den Vorstand durch pflichtgemäßes Mitarbeiten unterstützen, dazu gehört auch reger Versammlungsbesuch und pünktliche Beitragszahlung. Die Generalversammlung wandte sich mit Nachdruck gegen alle antisozialen Bestrebungen und forderte soziale Gerechtigkeit.

Berlin-Moabit. Es ist immer wieder ein erhebendes Gefühl, feststellen zu können, wie wenig der Sturmwind der Reaktion dem Gewerkschaftsgedanken bisher anhaben konnte. Der Verlauf der Generalversammlung der Ortsgruppe Moabit am 14. Januar brachte dafür erneut den Beweis. Der Jahresbericht gab Zeugnis von dem regen Gewerkschaftsleben im Jahre 1932. Trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit, die auch bei uns durchschnittlich 90 Prozent betrug, hat die Gesamtmitgliedszahl keine wesentliche Veränderung erfahren. Die Vorstandswahl brachte mit einer Umstellung die Wiederwahl des alten Vorstandes. Kollege Gagemeyer gab einen Ueberblick über die geleistete Arbeit unseres Verbandes im vergangenen Jahre. Die Arbeit des Verbandes sei auf Abwehr eingestellt gewesen. Es galt vor allem, das Bestehende als Plattform für den kommenden Ausbau zu erhalten. Einer geeinten Arbeiterschaft wird es möglich sein, bei Besserung der Wirtschaftslage das Verlorene wieder zu erreichen. In der Diskussion äußerte sich die Gewerkschaftsfreudigkeit der Mitglieder unserer Gruppe.

Castrop Rauxel 3 (Hablinghorst). Am 14. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Ernst, Dortmund gab in seinem Bericht Auskunft über den Stand der Lohnbewegung im Hochbaugewerbe. Eingehend ging er auch auf die Zahlung der Beiträge ein. Bei der Vorstandswahl wurde als erster Vorsitzender Kollege Pape, als Ortsgruppenkassierer Kollege Janas Nowak, als 1. Schriftführer Kollege Kupka gewählt. Die Ortsgruppe rüstet zu einer Familienfeier, die Ende Mai stattfinden wird, bei der es gilt drei Verbandsjubilare zu ehren. Darunter befindet sich auch unser Ortsgruppenkassierer Ignaz Nowak, der dann zu gleicher Zeit das 25jährige Jubiläum als Ortsgruppenkassierer feiern kann.

Jordan. Am 15. Januar hielt unsere Verwaltungsstelle ihre Generalversammlung ab. Die Besucherzahl ließ zu wünschen übrig. Der Kassierer gab den Bericht vom 1. Vierteljahr anschließend den Jahresbericht 1932. In Ausführung der schlechten Arbeitslage waren die Ausgaben größer als die Einnahmen. Die alte Vorstandswahl wurde wiedergewählt. Die Kostträge der Sitzungen wurden bekanntgegeben. Der Vorsitzende sprach zum Schluß die Wichtigkeit eines vorläufigen Versammlungsbesuches.

Siegen. Am 15. Januar fand unsere Verwaltungsstellen-Generalversammlung statt. Durch den Tod des auf so tragische Weise verstorbenen Kollegen Alfons Jung war unsere Verwaltungsstelle etwas verwaist, und galt es, die Funktionen wieder erneut festzulegen. Kollege Wildfeuer, der bisherige Vorsitzende, gab nach Ehrung aller im verstorbenen Jahre zu Tode gekommenen Kollegen einen kurzen Jahres- und Kassenbericht. Dieser wurde von dem Bezirksleiter, Kollegen Häuschen, ergänzt. Dem Kollegen Wildfeuer als Kassenvertreter wurde Entlassung erteilt. Die Kassen- und Finanzverhältnisse waren auf Grund der Wirtschaftskrise nicht günstig, haben sich aber im 4. Vierteljahr etwas gehoben. Die Vorstandswahl zeitigte das Ergebnis, daß zum Vorsitzenden der Kollege Ernst Schneider zum Kassierer Kollege Josef Wildfeuer, und zum Schriftführer Kollege Josef Scherer gewählt wurde. Die drei Kollegen bilden den engeren geschäftsführenden Vorstand. Die Jugendgruppen sind durch Weisner im großen Vorstand vertreten. — Das brutale Vorgehen der

Arbeitgeber der Metallindustrie des Siegerlandes fand einmütige Verurteilung. Eine der Metallarbeiterkonferenzen übermittelte Entschuldigend sprachen die Metallarbeiter unsere volle Sympathie und Solidarität in dem ihnen aufgezwungenen Kampf aus. Kollege Häuschen gab eine Ueberblick über das verfloßene Sanjahr, die lohnpolitische Entwicklung und die für dieses Jahr in Aussicht stehenden Baumöglichkeiten, besonders über die lohnpolitischen Absichten des Arbeitgeberverbandes des Siegerlandes. Die Aussprache war dem Ernst der gegenwärtigen Situation angepaßt. Ein regelrechtes Programm soll einer intensiven Agitation den Erfolg verbürgen. Die Anwesenden versprachen alle eifrig mitzuarbeiten. Aufgabe aller Mitglieder der Verwaltungsstelle wird es sein, in der Generalversammlung zum Ausdruck gekommenen Willen zur Aufbaubarbeit tatkräftig zu unterstützen, insbesondere auch mitzuführen daß die inneren Verwaltungs- und Kassenangelegenheiten bestens gefördert werden.

Duderstadt. Der Versuch der Arbeitgeber, die Löhne in unserem Gebiet erneut herunterzudrücken, hat unsere Kollegen zu Versammlungen am 15. und 16. Januar 1933 in Duderstadt, Sieboldhausen und Rüdershausen auf den Plan gerufen. Die Versammlungen waren sehr gut besucht. Wenn wir auch zur Zeit noch wenig Arbeit haben, so wollen wir doch dann, wenn wir wieder in Berufsarbeit stehen, ohne Wohlfahrtspennige in der Lage sein, unsere Verpflichtungen gegenüber unseren Familien zu erfüllen. Im Hinblick auf die notwendige 40-Stunden-Woche, die hohen Abzüge für Steuern und sonstige Lasten und das Witterungsrisiko fehlt für eine Lohnkürzung jede sittliche Berechtigung. Wir stimmen dem Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gercke, zu, der auf einer Versammlung des Preussischen Landkreisesverbandes in Hannover erklärte, daß unserer Wirtschaft nur wieder aufgeholfen werden könne, wenn man die Kaufkraft der breiten Volksschichten hebt. Den umgekehrten Arbeitgeberverjuchen werden wir uns entprechend widersetzen.

Camberg (Nassau). In unserer Generalversammlung am 15. Januar sprach Kollege Sieben, Limburg/Lahn, zum Verlauf des Krisenjahres 1932 und zog entsprechende Folgerungen für 1933. Redner befaßte sich ausführlich mit der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Situation und die Einstellung der christlich-nationalen Arbeiterschaft dazu. In der Diskussion wurde dargestellt, daß gerade die christlichen Gewerkschaften es gewesen sind, die durch den Kongreß in Düsseldorf und durch einen Besuch beim Herrn Reichspräsidenten in breiter Öffentlichkeit auf die Notlage weitest Kreise hingewiesen haben. Die Frage der Abwanderungsmöglichkeit der Bauarbeiter wurde durchgesprochen und hier vor allem die Initiative unseres Verbandes begrüßt. Eine schlichte Ehrung fand noch für den Kassierer Johann Trost statt, der schon 10 Jahre freudig dieses opfervolle Amt versieht.

Welle. In unserer Generalversammlung am 16. Januar wurde einleitend durch den Kollegen Willmann, Osnabrück, die Kontrolle der Mitgliedsbücher vorgenommen. Den Inhabern der nicht in Ordnung befindlichen Bücher wurde dringend nahegelegt, die Ordnung recht bald herbeizuführen. Der Jahresbericht und Kassenbericht fanden Anerkennung. Die schlechten Arbeitsverhältnisse mußten naturgemäß die Kassenverhältnisse beeinflussen, der Mitgliederbestand kann als befriedigend bezeichnet werden. Die alte Vorstandswahl wurde einstimmig wiedergewählt. Der Bericht über die Bezirkskonferenz in Münster löste eine rege Aussprache über die Unterstützungsleistungen des Verbandes aus. Von einigen Kollegen wurde der Gedanke vertreten, im Sinne der ausgesprochenen Kampforientation nur noch die Streik-, Sterbe- und Invalidenunterstützung aufrechtzuerhalten. Kollege Willmann Osnabrück sprach eingehend das Verhältnis unserer Jugend zum Verband. Der Sport darf die beruflichen und sozialen Aufgaben nicht überwahren. Die örtlichen Lohnverhältnisse lösten eine rege Aussprache aus. Statt Lohnabbau wäre ein Lohnaufbau dringend notwendig. Die Voraussetzungen für diese und andere Bestrebungen ist die Durchführung des in der Versammlung gefaßten Vorsatzes, die abweisstehenden Kollegen wieder in unsere Reihen einzugliedern. F. R.

Oberzeugheim (Kr. Limburg). Zu unserer Generalversammlung hatten sich außer unseren Verbandsangehörigen auch die Anwohner der Ortsarbeiterchaft eingefunden. Kollege Sieben, Limburg, sprach über das Jahr 1932 und die Abwanderungsarbeiter. In längeren Ausführungen zeigte er den Verlauf des Krisenjahres 1932 und die Abwehrmaßnahmen, die die Gewerkschaften einlegen konnten. Die alte Vorstandswahl wurde wieder gewählt. Der Bürgermeister sprach über die geplanten Notstandsmaßnahmen. Die Versammlung zeigte den einmütigen Willen, unter Führung der Arbeiterorganisation stärkste Initiative zur Arbeitsbeschaffung zu entfalten.

Möbel-Kamerling
N Kastanienallee 56.
Erke Fehrbellinerstr.
Speise, Schmal, Her-
reuzen, Käse, Zuck-
erkekuchen, Zim u.
Pr. Polier, Beiz u.
Polstermöb. Werkst.
Kassa a. Teilzahlung.

Alles billiger!
Wertungliste gratis.
Schiffstra. 107/108
Werkzeug-
company.
Sagen u. Best. 136

Roman Grenier
Beitragsmarkt
BERLIN NO 43
Gollnowstr. 12

Über 10000 Familien
haben seit Jahren unsere billigen Schuhe
Kinderstiefel Gr. 27/35
Kindstiefel oder Kindleder **4.50**

Bestellen Sie kostenlos den
neuen reichhaltigen Prospekt
Caroline, Umkleeschr. oder Bild gratis.

Deutsche-Amerik-Schuhe
Hardenbergstr. 12, Telefon 11